



Jahresbericht Äthiopien 2016

Nachdem die äthiopische Regierung im November 2015 den Plan verkündete hatte, Gebiete der Oromia-Region der Region Addis Abeba zuzuordnen, kam es zu massiven Protesten gegen dieses Vorhaben. Angehörige der Volksgruppe der Oromo befürchteten, enteignet zu werden. Die Regierung erklärte im Januar 2016, den Plan nicht mehr weiterzuverfolgen, doch die Proteste hielten an und weiteten sich auf die Region Amhara aus.

Hintergrund der Proteste ist das schon seit Jahren andauernde gewaltsame Vorgehen der äthiopischen Regierung gegen die Ethnie der Oromo, denen die Zugehörigkeit zur politischen Opposition und/oder zu terroristischen Gruppierungen vorgeworfen wird (siehe hierzu der Report von Amnesty International „*Because I am Oromo – Sweeping repression in the Oromia region of Ethiopia*“ vom Oktober 2014). Grundlage des Vorgehens von Polizei und Sicherheitskräften ist meist das Antiterrorgesetz, welches seit 2009 in Kraft ist. Die dort aufgeführten Tatbestände sind sehr vage formuliert, so dass es nach Einschätzung von Amnesty International und anderen Menschenrechtsorganisationen meist verwendet wird, um Oppositionelle oder Regierungskritiker auszuschalten oder einzuschüchtern. Proteste gegen dieses Vorgehen führten bereits in der Vergangenheit zu einem Anstieg der Repressionen.

Bei Protesten der Oromo im Januar 2016 wurden mindestens 140 Demonstranten von Polizisten und Soldaten getötet, darunter sogar Kinder. Über 1000 Menschen wurden festgenommen, von denen etliche dauerhaft in Haft genommen wurden. Den Inhaftierten wurde weder Kontakt zu ihren RechtsanwältInnen noch zu ihrer Familie gewährt, was regelmäßig ein erhöhtes Risiko von Folter und Misshandlung bedeutet.

Der Oppositionspolitiker Yonatan Tesfaye der Semayawi Partei (auch: Blaue Partei), der schon im November 2015 auf Grund von Kommentaren auf Facebook zu den ersten Protesten festgenommen worden und seitdem im berüchtigten Gefängnis 'Maikelawi' inhaftiert war, wurde am 4. Mai 2016 angeklagt. Die Staatsanwaltschaft warf ihm Planung und Versuch von terroristischen Aktivitäten sowie die Anstiftung dazu vor. Er berichtete, im Gefängnis gefoltert und misshandelt worden zu sein. Amnesty International forderte seine Freilassung sowie die Untersuchung der Foltervorwürfe. Von einem Urteil ist bisher nichts bekannt (Stand Dezember 2016).

Der Blogger Zelalem Workagenehu wurde auf Grund von ähnlichen Vorwürfen am 10. Mai 2016 zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren und vier Monaten verurteilt. Er ist ebenfalls im 'Maikelawi'-Gefängnis inhaftiert.

Am 30. Juni 2016 forderte Amnesty International den äthiopischen Premierminister in einem offenen Brief auf, dem ehemals inhaftierten Oppositionspolitiker Habtamu Ayalew endlich die Ausreise zu ermöglichen, damit er sich im Ausland dringenden medizinischen Behandlungen unterziehen kann. Habtamu Ayalew war im Juli 2014 festgenommen und inhaftiert worden, er wurde beschuldigt in einer terroristischen Gruppe tätig zu sein. Die folgende Haft verbrachte er im 'Maikelawi'-Gefängnis, wo er so schlecht behandelt wurde, dass er krank wurde. Obwohl er von allen Vorwürfen bereits im September 2015 freigesprochen wurde, erlangte er erst im Februar 2016 seine Freiheit zurück. Inzwischen geht es ihm körperlich so schlecht, dass nur noch eine Operation im Ausland helfen kann. Da die Staatsanwaltschaft Rechtsmittel gegen seinen Freispruch eingelegt hat, war es ihm bisher verwehrt, das Land zu verlassen.

Im August 2016 kam es erneut zu großen Protesten in der Region Oromia. 67 Menschen wurden dabei getötet und hunderte verletzt. Es kam zu hunderten Festnahmen und Inhaftierungen, teilweise in inoffiziellen Gefängnissen. Amnesty International zeigte sich besorgt, dass es dort zu Folter und Misshandlungen kommen könnte und forderte die Freilassung der Inhaftierten und die Untersuchung der Todesfälle.

Im Oktober 2016 erklärte die Regierung den Ausnahmezustand. Amnesty International appellierte zu diesem Anlass an die Regierung, die Menschenrechte der Zivilbevölkerung nicht zu verletzen. Die Zahl der Todesopfer im Rahmen der Proteste war inzwischen auf insgesamt über 800 gestiegen.